NACHRICHTEN
Österreich

10. Januar 2025

Maduro wird erneut als Präsident Venezuelas vereidigt trotz Kritik

Venezuela's Nicolas Maduro wurde trotz breiter Kritik und Proteste der Opposition für eine dritte Amtszeit vereidigt. Die umstrittene Wahl und internationale Sanktionen dominieren die Diskussion.

Der venezolanische Präsident Nicolás Maduro wurde trotz der Proteste der Opposition für eine dritte Amtszeit vereidigt. Diese Zeremonie fand am Freitag in einem kleinen Saal der Nationalversammlung statt und markierte einen deutlichen Unterschied zu den vorherigen Feierlichkeiten, die im Haupthaus abgehalten wurden.

Zeremonie und Rede von Maduro

Die Vereidigung wurde vom Präsidenten der Nationalversammlung, Jorge Rodríguez, durchgeführt, der Maduro die Präsidentschaftswürde überreichte und damit stürmischen Beifall von den Anwesenden erntete.

„Wir haben erreicht, was wir wussten, dass wir es erreichen würden," sagte Maduro in seiner ersten Ansprache nach der Vereidigung. „Die Macht, die mir gegeben wurde, kam nicht von einer ausländischen Regierung oder einem ausländischen Präsidenten. Niemand in dieser Welt kann einen Präsidenten in Venezuela aufdrängen."

Unterstützung und Kontroversen

Der frühere bolivianische Präsident Evo Morales bekundete seine

Unterstützung für Maduro und schrieb auf X, dass sein Land „das venezolanische Volk begrüßt, das erneut versucht hat, seine Regierung zu destabilisieren, besiegt hat.“

Maduro wurde am 28. Juli von den unter strenger Kontrolle stehenden Wahlbehörden als Sieger der Präsidentschaftswahlen verkündet. Die venezolanische Opposition hat jedoch Tausende von Stimmzetteln veröffentlicht, die behaupten, ihr Kandidat Edmundo Gonzalez habe mit 67 % gegen Maduros 30 % gewonnen. Unabhängige Beobachter, wie das Carter Center und die kolumbianische Wahlmission, haben die Zahlen der Opposition als legitim anerkannt.

Internationale Reaktionen

Einige Länder, darunter die USA, haben Gonzalez als rechtmäßigen Präsidenten Venezuelas anerkannt. Minuten nach Maduros Amtsantritt erklärte der Sprecher des Nationalen Sicherheitsrates des Weißen Hauses, John Kirby, dass Maduro „einmal mehr völlige Missachtung demokratischer Normen demonstriert hat und heute mit einer illegitimen Amtsübergabe fortfährt.“

González, der seit September im Exil lebt, hatte angekündigt, diese Woche nach Caracas zurückzukehren, um möglicherweise einen letzten Akt des Widerstands gegen Maduros Amtseinführung einzuleiten. Sein aktueller Aufenthaltsort war am Freitag die Dominikanische Republik.

Kritik und neue Sanktionen

Kurz nach der Amtsübergabe gab die US-Regierung eine 18-monatige Verlängerung des temporären Schutzstatus für berechtigte venezolanische Staatsangehörige bekannt und bot neue Belohnungen für Informationen, die zur Festnahme von Maduro und seinen engsten Vertrauten, einschließlich Innenminister Diosdado Cabello, führen. Die Belohnungen für Maduro und Cabello belaufen sich nun auf jeweils 25 Millionen

Dollar.

Ein US-Beamter erläuterte, dass Maduro „zum größten Teil allein dasteht, mit wenigen Freunden in der Region und der Welt“ und dass es seit dem 28. Juli zahlreiche Aufrufe von Ländern aus der Region und der ganzen Welt gegeben hat, Maduro zu bitten, die demokratischen Normen zu respektieren.

Proteste und Sicherheitsmaßnahmen

Die britische Regierung verhängte am Freitag Sanktionen gegen 15 mit Maduro verbundene Personen, darunter Führungskräfte der venezolanischen Streitkräfte und Mitglieder des Obersten Gerichtshofs. Der ehemalige Oppositionsführer Venezuelas, Juan Guaidó, verurteilte die Amtsübergabe und erklärte auf X: „Der Präsident Venezuelas ist Edmundo González Urrutia.“

In der Vorbereitungszeit auf die Amtsübergabe schloss Venezuela seine Landgrenze und stellte die Flüge nach Kolumbien ein. Der Gouverneur des venezolanischen Grenzstaates Táchira, Freddie Bernal, behauptete, dies sei eine Reaktion auf eine „internationale Verschwörung“ gegen Venezuela, ohne Beweise vorzulegen.

Die Schließung der Grenze erfolgte nur Stunden, nachdem Kolumbien erklärt hatte, die Ergebnisse der Wahlen im vergangenen Sommer nicht anzuerkennen, da sie nicht frei waren. In Caracas und anderen venezolanischen Städten kam es zu Protesten, bei denen die Oppositionsführerin Maria Corina Machado aus ihrem Versteck trat, um bei einer Veranstaltung zu sprechen. Ihr Team berichtete, sie sei später „gewaltsam aufgehalten“ worden, was die venezolanische Regierung jedoch bestritt.

Diese Geschichte entwickelt sich weiter und wird aktualisiert.

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at